

Glastetter, Werner

Article — Digitized Version

Investition und Beschäftigung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Glastetter, Werner (1988) : Investition und Beschäftigung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 11, pp. 557-562

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136456>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Werner Glastetter*

Investition und Beschäftigung

Vielfach wird die globale These vertreten, daß eine Investitions-„Lücke“ die Beschäftigungsprobleme in der Bundesrepublik wesentlich mitverursacht hat. Professor Werner Glastetter prüft die Stichhaltigkeit dieser Aussage.

Die nachfolgenden Überlegungen werden bewußt auf die Frage reduziert, ob die Investitionen positive oder negative Beschäftigungseffekte haben oder ob sie beschäftigungsneutral sind¹. Diese Frage ist formal-theoretisch recht eindeutig zu beantworten. Im Grundsatz kann gelten:

- Eine Investition wird dann positive Beschäftigungseffekte auslösen, wenn – zum einen – angebotsseitig über neue Ausrüstungsinvestitionen, die die Kapazitäten direkt erweitern, branchenübergreifend mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Und die Investition wird dann positive Beschäftigungseffekte haben, wenn – zum zweiten – nachfrageseitig durch den Investitionsprozeß die Investitionsgüternachfrage steigt und zumindest in der Investitionsgüterindustrie eine zusätzliche Beschäftigung ermöglicht.

Dies sind indessen rein formale „Wenn-dann-Aussagen“ ohne nennenswerten Gehalt; denn sie lassen die Frage offen, ob diese Angebots- bzw. Nachfragebedingungen auch wirklich erfüllt sind. Dabei bedarf es nun keiner tieferschürfenden Analyse, um zu erkennen, daß für die Beantwortung dieser Frage entscheidend ist, welches Gewicht der Produktivitätskomponente zukommt. Unter Berücksichtigung der Produktionskompo-

* Schriftliche, etwas gekürzte Fassung eines Referats, das am 9. September 1988 auf einer DGB-HBS-Fachtagung über Strukturberichterstattung in Düsseldorf gehalten wurde. Zu diesem Thema liegen zwischenzeitlich drei Sondergutachten vor, die im Rahmen der dritten Runde der Strukturberichterstattung erstellt wurden. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Investition, Beschäftigung und Produktivität, Berlin, Dezember 1987; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: Investition, Produktivität und Beschäftigung, Kiel, Dezember 1987; Institut für Wirtschaftsforschung: Investition, Beschäftigung und Produktivität, München, Dezember 1987.) Auf diese Gutachten wird im folgenden nicht direkt und im Detail eingegangen.

Prof. Dr. Werner Glastetter, 50, lehrt Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftspolitik) an der Universität Bielefeld. Von 1979-1981 war er Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

nente kann nämlich, ebenfalls noch formal-theoretisch argumentiert, unschwer gezeigt werden, daß je nach dem unterstellten Gewicht dieser Komponente der (mögliche) positive Beschäftigungseffekt in eine Beschäftigungsneutralität oder gar in negative Beschäftigungseffekte übergehen kann.

Mögliche Beschäftigungseffekte

- Beschäftigungsneutralität bzw. negative Beschäftigungseffekte werden – zum einen wiederum angebotsseitig gesehen – dann eintreten, wenn die neuen Ausrüstungen Ersatz- und/oder Rationalisierungscharakter haben; die möglichen (und wahrscheinlichen) zusätzlichen Kapazitätseffekte gehen dann nicht einher mit zusätzlichen Beschäftigungseffekten, sondern erhöhen allenfalls die Kapitalintensität und Produktivität der bestehenden Arbeitsplätze.
- Und die Möglichkeit einer Beschäftigungsneutralität ist – zum zweiten wiederum nachfrageseitig gesehen – dann gegeben, wenn die Investitionsgüternachfrage in der Investitionsgüterindustrie auf ein (mobilisierungsfähiges) Produktivitätspotential trifft; ist die gesamte Investitionsgüternachfrage zu schwach, um dieses Produktivitätspotential zu überkompensieren, dann entfallen auch hier positive Beschäftigungseffekte.
- Die Zusammenhänge werden überdies noch komplizierter, wenn wir berücksichtigen, daß zwischen beiden Seiten Saldeneffekte möglich sind. So können bei den Herstellern von Investitionsgütern (nachfrageseitig) positive Beschäftigungseffekte erzielt werden, die indessen durch negative Effekte bei den Anwendern (angebotsseitig) kompensiert oder gar überkompensiert werden; auch bei partiellen positiven Effekten kann so der Gesamtsaldo negativ werden.

¹ Ausgeklammert bleibt somit sowohl die Frage nach alternativ denkbaren Investitionsdeterminanten als auch die Frage nach alternativ denkbaren Beschäftigungsdeterminanten. Diese Fragen strahlen zwar indirekt auf das Kernthema zurück, decken es aber nicht direkt ab.

Somit kann im Grundsatz gelten: Der Investitionsprozeß wird um so weniger positive Beschäftigungseffekte auslösen, je mehr das Investitionsgüter-„Angebot“ Produktivitäts-„Effekte“ hat bzw. je mehr die Investitionsgüter-„Nachfrage“ auf Produktivitäts-„Potentiale“ trifft.

Empirische Befunde

Alle diese Überlegungen lassen erkennen: Formaltheoretische Aussagen sind wenig hilfreich; sind sie eindeutig, werden sie inhaltsleer – wird der Versuch unternommen, den Inhalt zu konkretisieren, geht dies auf Ko-

sten der Eindeutigkeit. Insoweit bedürfen die formalen Aussagen der empirischen Unterfütterung². Dabei ist vorab davon auszugehen, daß sich bei zwei der vier durch das Stabilitätsgesetz vorgegebenen Ziele anhaltende (Wachstum) bzw. sich sogar verschärfende (Beschäftigung) Fehlentwicklungen abzeichnen.

Dies wirft bereits eine Fülle von Fragen auf, die hier ausgeklammert bleiben müssen. Bemerkenswert erscheint etwa, daß der (für sich genommen durchaus gut begründbare) Versuch, ein höheres Maß an Preisstabilität zurückzugewinnen, nicht zu einer realen Wachstumsbeschleunigung geführt hat und daß vor allem die Existenz einer „Phillips“-Konstellation nicht unbedingt zu leugnen ist: Die Bemühungen, den Preisanstieg zurückzuführen (Anfang der 60er, der 70er und der 80er Jahre), waren zwar „erfolgreich“; am Ende zeichnete sich aber jeweils ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote ab. Stabilitätspolitischer Ehrgeiz, aber auch ein

Schaubild 1
**Bruttoanlageinvestitionen¹, Erwerbstätige²,
 Investitionsquote³ und Arbeitslosenquote⁴
 1950-1987**

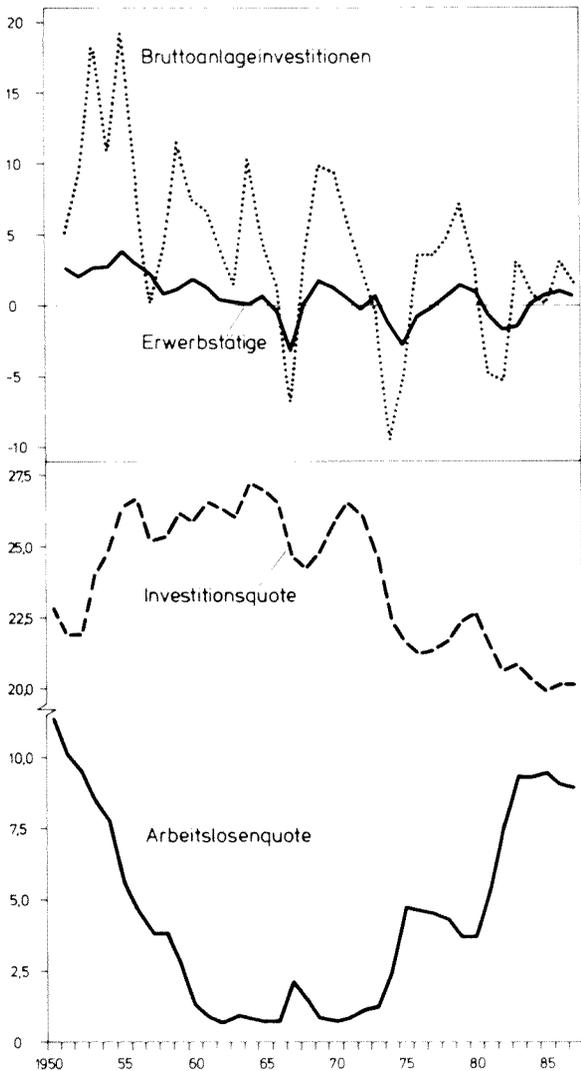
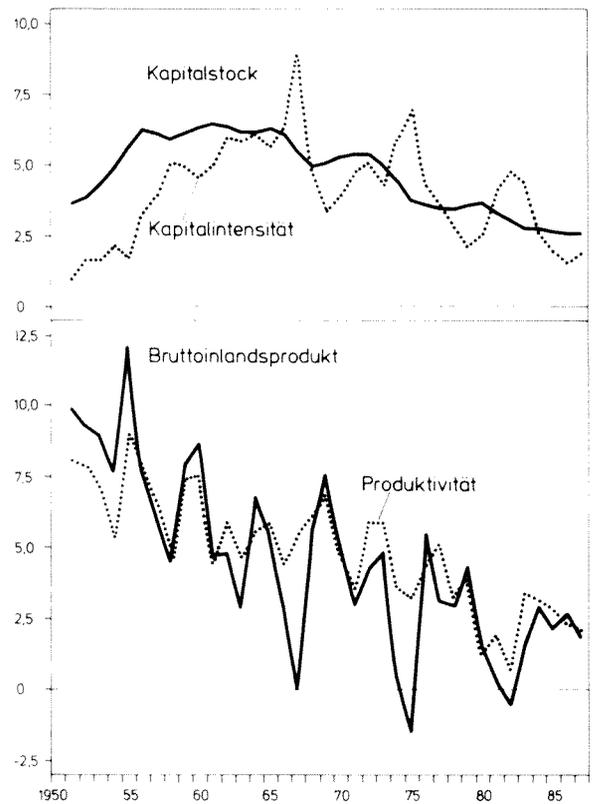


Schaubild 2
**Kapitalstock¹, Kapitalintensität², Bruttoinlands-
 produkt³ und Produktivität⁴ 1950-1987**
 (Veränderungen gegenüber Vorjahr in %)



¹ In Preisen von 1980, Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
² Inlandskonzept, Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
³ Bruttoanlageninvestitionen in Preisen von 1980, in % des BSP.
⁴ Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen.

¹ In Preisen von 1980.
² Kapitalstock je Erwerbstätigen.
³ In Preisen von 1980.
⁴ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

neuerlicher Anstieg der Erwerbsquote – betrug sie Mitte der 70er Jahre knapp 43,5%, erreicht sie inzwischen ca. 46% – mögen zu den Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt beigetragen haben. Aber dies ist nicht das hier relevante Thema.

Vielfach wird die These vertreten, daß eine Investitions-„Lücke“ die Beschäftigungskrise mitverursacht habe. Und genau diese Vermutung ist auf den ersten Blick unschwer begründbar (vgl. Schaubild 1): Im Jahresverlauf ist eine gewisse Korrelation zwischen der Veränderung der realen Bruttoanlageinvestitionen und der Zahl der Erwerbstätigen auszumachen; gerade die drastischen Investitionseinbrüche (1966/67 – 1974/75 – 1981/82) gingen jeweils mit einem ausgeprägten Beschäftigungsrückgang einher. Und beim Investitionsquotenverlauf ist seit Anfang der 70er Jahre eine deutliche Rückbildung zu registrieren, die im vielfach beschworenen Aufschwung seit 1983 nicht korrigiert wurde. Der Verlauf von Arbeitslosenquote und Investitionsquote ergibt insoweit eine verblüffende Analogie, als die nahezu vollständige Erholung der Investitionsquote nach der 67er Stagnation einherging mit einem nahezu vollständigen Rückgang der angestiegenen Arbeitslosenquote; die nur noch partielle Erholung der Investitionsquote nach der 75er Krise bzw. die völlig ausbleibende Erholung nach der 82er Krise ist verknüpft mit einem auch nur noch partiellen Abbau der Arbeitslosenquote nach der 75er Krise bzw. mit einem ausbleibenden Abbau nach der 82er Krise. Auf diese Befunde die globale These zu stützen, mehr Investitionen hätten auch mehr Beschäftigung gebracht, erscheint gleichwohl etwas sehr undifferenziert.

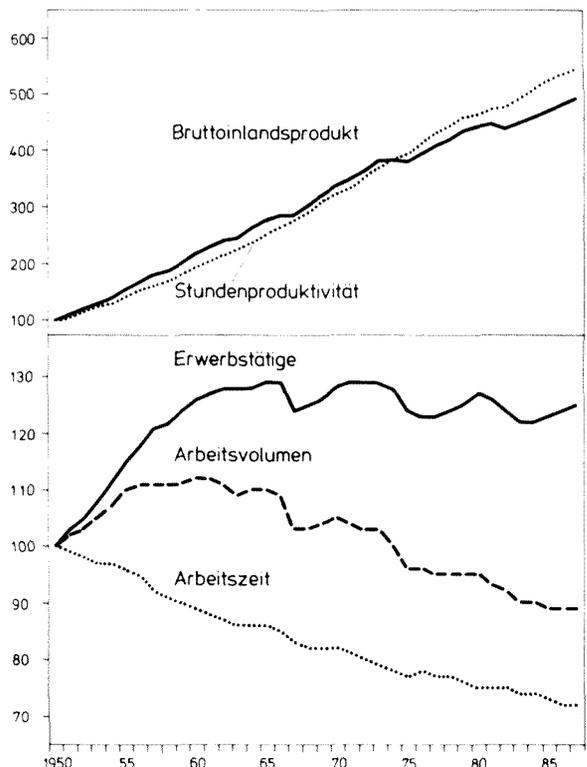
Schlüsselgröße Produktivität

Zunächst ist zu beachten (vgl. Schaubild 2), daß das durch den Investitionsprozeß ausgelöste reale Kapitalstockwachstum deutlich rückläufig war. Doch schon seit den 60er Jahren – also auch schon zu Zeiten hoher Zuwachsraten – hat dieses Kapitalstockwachstum, zumindest im Trend und von konjunkturellen Schwankungen einmal abgesehen, nahezu ausschließlich zu einer Erhöhung der Kapitalintensität „des“ Arbeitsplatzes geführt. Es liegt auf der Hand, daß hier ein großes Produktivitätspotential geschaffen wurde.

Notwendigerweise mußte somit der Produktivität – also jener Schlüsselgröße, die, wie gezeigt, für die Ver-

bindung von Investition und Beschäftigung von hoher Relevanz ist – eine zentrale Bedeutung zukommen. Nicht von ungefähr wurden seit Anfang der 60er Jahre die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (mit wenigen Ausnahmen) von den Zuwachsraten der Produktivität je Erwerbstätigenstunde überkompensiert, was nicht ohne Konsequenzen für den Niveaueverlauf, auf Indexbasis gemessen, sein konnte (vgl. Schaubild 3). Im Trend stagniert die Zahl der Erwerbstätigen seit Ende der 50er Jahre. Vor allem aber: Schon seit Anfang der 60er Jahre ist das benötigte Arbeitsvolumen rückläufig. Anfang der 70er Jahre hatte die Produktivitätsentwicklung das Niveau des realen BIP erreicht; mit dem gleichen Arbeitsvolumen wie 1950 wurde das vierfache reale BIP erwirtschaftet. Seither blieb die Produktivitäts-„Schere“ geöffnet; inzwischen wird mit knapp 90% des Arbeitsvolumens von 1950 nahezu das Fünffache des realen BIP produziert.

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt¹, Produktivität²,
Erwerbstätige³, Arbeitsvolumen⁴ und Arbeitszeit⁵
1950-1987
 (1950=100)



² Zu den im folgenden verwendeten Daten vgl. Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18 (Iff. Veröffentlichung). – Da die amtlichen Daten für den Zeitraum 1950 bis 1959 nur ohne Saarland und Westberlin ausgewiesen sind, wurden diese Daten auf der Basis des Jahres 1960 mit den Daten des anschließenden Zeitraums verkettet.

¹ In Preisen von 1980.
² Je Erwerbstätigenstunde.
³ Inlandskonzept.
⁴ In Stunden.
⁵ Je Erwerbstätigen.

Sicher wäre es methodisch nicht zulässig, darauf die These zu stützen, daß ohne die – über den gesamten Zeitraum hinweg registrierbare – systematische Arbeitszeitverkürzung die Zahl der Erwerbstätigen schon seit Anfang der 60er Jahre rückläufig gewesen wäre. Eine derartige Saldenmechanik würde ignorieren, daß ohne Arbeitszeitverkürzung unter Umständen der Produktivitätsanstieg geringer und das benötigte Arbeitsvolumen dann größer gewesen wäre. Dennoch wird man davon ausgehen können, daß von der Arbeitszeitverkürzung Entlastungseffekte für den Arbeitsmarkt ausgingen.

Erstes Fazit: Der Investitionsprozeß hat (von den 50er Jahren abgesehen) in erster Linie Kapitalintensivierungseffekte ausgelöst, und dies schon zu Zeiten, da Investitionswachstum und Investitionsquote deutlich höher lagen.

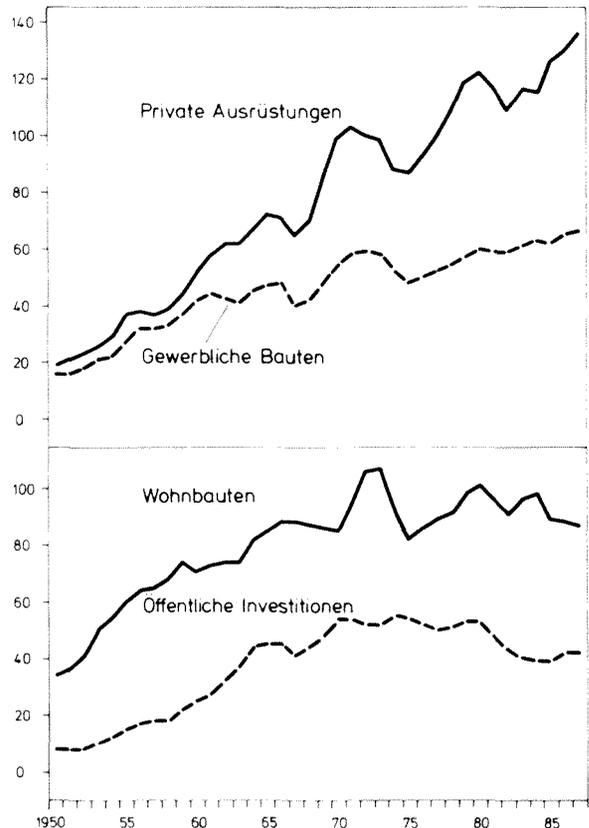
Differenzierte Analyse

Sodann ist zu beachten (vgl. Schaubild 4), daß es im Grunde unzulässig ist, von „dem“ Investitionsprozeß zu sprechen. Sieht man einmal von den Vorratsinvestitionen ab und differenziert man die Bruttoanlageinvestitionen in vier Gruppen – private Ausrüstungen, gewerbliche Bauten, Wohnbauten, öffentliche Investitionen –, so zeigen sich in realer Rechnung völlig unterschiedliche Niveauverläufe. Schaltet man einmal die konjunkturellen Schwankungen aus, so zeigt sich bei den privaten Ausrüstungen keinerlei Trendumbruch. Sie folgen über den gesamten Beobachtungszeitraum einem nahezu linearen Pfad; zwischenzeitlich hat der Ursprungswert den Trendwert – bezogen auf einen Stützbereich: 1950/1987 – wieder erreicht. Der „Volumen“-Anstieg blieb in etwa konstant; der „Raten“-Rückgang wäre demnach primär ein statistisches Artefakt. Die gewerblichen Bauten stiegen zwar auch; doch hier hat der Anstiegswinkel des Trends seit Anfang der 70er Jahre eine gewisse Abschwächung erfahren. Anders die Wohnbauten: Schaltet man einmal die „Ausreißer“ (1972/73 bzw. 1975) aus, zeigt sich hier seit Anfang der 70er Jahre Stagnation; die Jahresdurchschnitte 1968/75, 1976/82 und 1983/87 liegen konstant bei reichlich 90 Mrd. DM. Und wiederum ein anderes Bild bieten die öffentlichen Investitionen: Hier ist gerade in den 80er Jahren ein deutlicher Rückgang festzustellen; war in den Zyklen 1968/75 und 1976/82 noch jahresdurchschnittlich ein Volumen von gut 50 Mrd. DM zu verzeichnen, sank im Zeitraum 1983/87 der Jahresdurchschnitt auf 40 Mrd. DM.

Zweites Fazit: Es ist fragwürdig, von „der“ Investitionslücke zu sprechen; vielmehr erfordert ihre Diagnose und Interpretation eine sehr differenzierte Analyse. Vorab erscheint aber in jedem Falle noch bemerk-

Schaubild 4
Private Ausrüstungen, gewerbliche Bauten,
Wohnbauten und öffentliche Investitionen
1950-1987

(in Preisen von 1980, in Mrd. DM)



enswert, daß der Anstiegswinkel im Niveauverlauf bei den privaten Ausrüstungen auch seit Anfang der 70er Jahre in etwa erhalten blieb, während er sich bei den gewerblichen Bauten abschwächte. Dies könnte als Indiz dafür gewertet werden, daß für die zusätzlichen Ausrüstungen nicht mehr in gleichem Umfang wie bislang zusätzlicher Raumbedarf entstand. Das ist aber nur denkbar, wenn die zusätzlichen Ausrüstungen nicht mehr einen direkten Erweiterungscharakter haben, sondern primär Ersatz- oder Rationalisierungsinvestitionen sind.

³ Dieser grundsätzliche Eindruck verdichtet sich noch bei seiner sektorspezifischen Betrachtung. Eine Auswertung der relevanten VGR-Daten – die hier aus Platzgründen nicht präsentiert werden kann – zeigt, daß in wichtigen Sektoren (vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch zum Teil im Baugewerbe und im Bereich Handel und Verkehr), auch bei einem Niveauanstieg bei den „neuen Ausrüstungen“, es dann zu Beschäftigungsrückgängen kommt, wenn die „neuen Bauten“ einen sinkenden Trend aufweisen. Sieht man einmal von dem Sektor „Dienstleistungsunternehmen“ ab, ist eine gewisse Entkoppelung von Ausrüstungsinvestitionen und Beschäftigung unverkennbar. Die bei den Dienstleistungsunternehmen (und noch beim Staat) festzustellende starke Ausweitung der Beschäftigung hat faktisch dazu geführt, daß es gesamtwirtschaftlich seit Anfang der 70er Jahre „nur“ zu einer Stagnation bei der Zahl der Beschäftigten kam.

Dann aber erhöhen die zusätzlichen Ausrüstungen nur noch die Kapitalintensität des Arbeitsplatzes, nicht mehr aber die Zahl der Arbeitsplätze; allein von Anfang der 70er Jahre bis heute gerechnet, sind die realen Ausrüstungen um 40 % gestiegen, während die Zahl der Beschäftigten im Trend stagniert³.

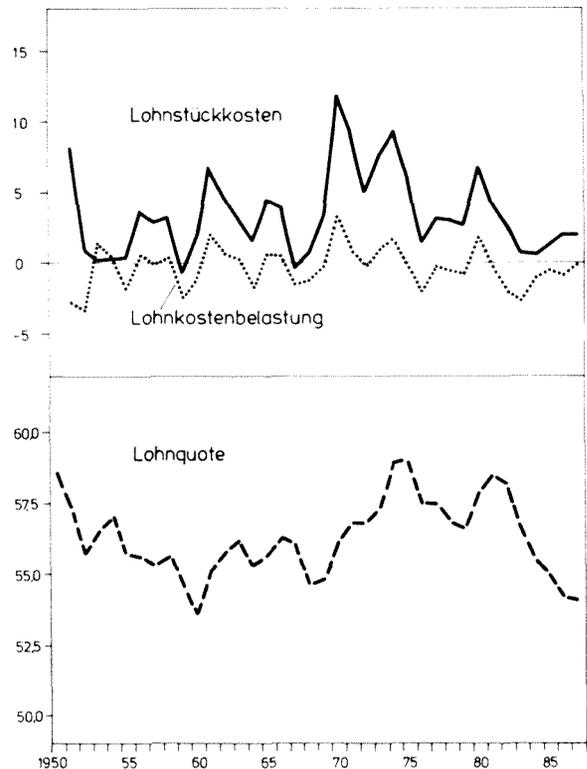
Strategische Gesichtspunkte

Zieht man eine vorläufige Schlußfolgerung aus den vorangestellten Befunden, so ist zunächst festzuhalten, daß eine Investitions-„Lücke“ sehr differenziert diskutiert werden muß. Interpretiert man die Lücke unter „instrumentellen“ Gesichtspunkten (nimmt man also als Referenzgröße einen „Normwert“, der erreicht werden sollte, um bestimmte Ziele zu erreichen), so ist – bezogen auf das Thema – bei dem gegebenen Arbeitsplatzdefizit immer eine Investitions-„Lücke“ festzumachen; natürlich wären mehr Ausrüstungen, Bauten und öffentliche Investitionen „wünschenswert“ gewesen. Interpretiert man hingegen die Lücke unter „strategischen“ Gesichtspunkten (nimmt man als Referenzgröße einen „Normwert“, der – gemessen am zurückliegenden Verlauf – als realisierbar eingestuft werden kann), so ist zu differenzieren.

□ Konzentrieren wir uns auf die angebotsseitige Betrachtung, wo der Verlauf der Ausrüstungsinvestitionen im Vordergrund steht, so ist eine Investitions-„Lücke“ kaum begründbar. Eher ist zu konstatieren, daß die Ausrüstungen ihren Charakter gewandelt haben; statt Erweiterungsinvestitionen dominieren Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Und dies kann auch nicht verwundern. Folgt man den Berechnungen des Sachverständigenrates, so ist der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad zwar seit 1982 gestiegen, hat aber – über den gesamten Aufschwung hinweg – noch nicht einmal den Grad der „Normal“-Auslastung (in der Definition des SVR) erreicht. Die (allseits anerkannte) nachhaltige Verbesserung der „Rahmenbedingungen“ mag zu einer Beschleunigung der Investitionen beigetragen haben, hat aber eben nicht zu den erforderlichen Erweiterungsinvestitionen und damit auch nicht zu einem hinreichenden Beschäftigungsanstieg geführt. Insoweit ist kein Investitionsdefizit, sondern ein Nachfragedefizit auszumachen, das für den gewandelten Charakter der Ausrüstungen verantwortlich ist; dann freilich kann eine angebotsorientierte Strategie zwar (Ausrüstungs-)Investitionen auslösen, bleibt aber funktionslos mit Blick auf den Beschäftigungseffekt.

□ Konzentrieren wir uns auf die nachfrageseitige Betrachtung, wo der Verlauf des gesamten Investitionsprozesses relevant wird, so ist eine Investitions-„Lücke“

Schaubild 5
Lohnstückkosten¹, Lohnkostenbelastung²
und Lohnquote³ 1950-1987



¹ Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, bereinigt um die Erwerbstätigenproduktivität – Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
² Lohnstückkosten, bereinigt um den Preisanstieg des Bruttoinlandsprodukts – Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
³ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in % des Volkseinkommens, bereinigt um den Beschäftigtenstruktureffekt.

zwar auszumachen. Doch diese kann wiederum nicht im gewerblichen Kernbereich angesiedelt werden; sie wurzelt vielmehr in einem Rückgang der öffentlichen Investitionen und in einer Stagnation bei den Wohnbauten. Diese Entwicklung hat nicht nur das Nachfragedefizit noch zusätzlich verschärft. Vor allem wird, unter dieser Perspektive gesehen, die angebotsorientierte Strategie (Verbesserung der Rahmenbedingungen) erst recht funktionslos, weil sie den eigentlichen Ursachen des Investitionsdefizits (unzureichender Wohnungsbau, fragwürdige Konsolidierungsstrategien) nicht gerecht wird.

Mit anderen Worten: Angebotsseitig schafft der Investitionsprozeß eher Produktivitätspotentiale, nachfrageseitig ist er zu schwach, um diese Potentiale überkompensieren zu können. Insoweit wird deutlich, daß die „instrumentelle“ Interpretation der Investitionslücke nicht weiterhilft; sie kommt einem Wunschenken gleich, das

den Kontakt zur Realität verliert, wenn man nicht die Strategie der Investitionsforcierung mit in den Blick nimmt.

Mit diesen Feststellungen ist indessen die Problematik noch nicht voll ausgelotet. Vielfach wird der Schluß gezogen, daß gerade bei dieser Konstellation es letztlich die Tarifparteien in der Hand hätten, durch eine entsprechende Lohnpolitik die relativen Faktorpreise so zu verändern, daß bei den Ausrüstungen dem Rationalisierungsdruck entgegengewirkt wird; auch bei gleichem Investitionsvolumen wäre dann mehr Beschäftigung möglich bzw. der Investitionsprozeß würde dann zu mehr Beschäftigung führen.

Rolle der Lohnpolitik

Nun wird man feststellen können, daß dieser Prozeß der Faktorpreisänderung ohnehin schon stattgefunden hat (vgl. Schaubild 5). Der Lohnkostenanstieg ist seit Mitte der 70er Jahre deutlich rückläufig; in diesem Zeitraum zeigt sich (mit wenigen Ausnahmen) eine ständige reale Lohnkostenentlastung, und der vorangegangene Anstieg der beschäftigungsstrukturbereinigten Lohnquote ist voll korrigiert. Dies vermag viele nicht zu überzeugen. Sie argumentieren, daß weniger Lohn – über weniger Rationalisierung und weniger Produktivität – zu den gleichen Verlaufsindikatoren, freilich bei mehr Beschäftigung, geführt hätte. Dieses Argument überzeugt allenfalls formal.

□ Zum einen stellt sich die Frage, ob technischer Fortschritt und Rationalisierung über die Lohnpolitik überhaupt gestaltbar, d. h. zu verhindern sind. Mit Blick auf den nationalen und internationalen Konkurrenzdruck sind hier Zweifel angebracht.

□ Zum zweiten stellt sich die Frage, ob es gesamtwirtschaftlich überhaupt Sinn machte, den Rationalisierungsprozeß lohnpolitisch zu verhindern, überkom-

mene Strukturen zu konservieren und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit eher zu gefährden.

Drei Thesen

Gestützt auf diese Überlegungen seien abschließend die folgenden drei Thesen formuliert.

□ Erstens: Die Erwartung, daß „mehr Investitionen“ zu „mehr Beschäftigung“ führen, ist allenfalls formal begründbar, hängt materiell aber vom Gewicht der Produktivitätskomponente ab; und diese wirkt zwischenzeitlich positiven Beschäftigungseffekten eher entgegen.

□ Zweitens: Die Erwartung, daß die Tarifpartner es selbst in der Hand haben, bei einem vorgegebenen Investitionsvolumen das Gewicht dieser Produktivitätskomponente so zu steuern, daß mehr Beschäftigung möglich wird, ist wenig überzeugend, weil sie die Eigen- dynamik des technischen Fortschritts nicht hinreichend berücksichtigt.

□ Drittens: Die Erwartung, allein über verbesserte Rahmenbedingungen „die“ Investitionslücke schließen zu können, macht zumindest arbeitsmarktpolitisch wenig Sinn. Ohne Nachfragevervetigung auf höherem Niveau (einschließlich öffentlicher Investitionen) bliebe der erkennbare Trend der Investitionsstruktur erhalten; und eine darauf zugeschnittene Forcierung des Investitionsprozesses würde vermutlich keinen nennenswerten Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit mehr leisten.

Diese drei Feststellungen können (und sollten) nicht dahingehend mißverstanden werden, daß die Bedeutung der Investitionen für Beschäftigung in Abrede gestellt wird. Erforderlich scheint aber, die Strategie der Investitionsforcierung zu überdenken, wenn in Zukunft der Satz noch – genauer: wieder – gelten soll, daß „mehr“ Investitionen auch „mehr“ Beschäftigung bedeuten.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Leonhard Firlus

Großoktav,
331 Seiten, 1988,
brosh. DM 59.–
ISBN 3-87895-345-3

ZWISCHEN SCHOCK UND KALKÜL

Die permanenten Verschuldungsprobleme der
Entwicklungsländer

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG